

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 55. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 19. September 2013

1. Abgeordnete

**Astrid Schmitt, Ingeborg
Sahler-Fesel, Benedikt
Oster und Bettina Brück
(SPD)**

Fernverkehr auf der Moselstrecke

Medienberichten zufolge ist in den letzten Jahrzehnten das Angebot im Fernverkehr auf der Moselstrecke hinsichtlich Quantität und Qualität kontinuierlich zusammengestrichen worden. Die DB AG hat dazu aktuell geltend gemacht, dass die Angebotsgestaltung im Rheinland-Pfalz-Takt 2015 hierfür ursächlich sei. Andererseits gab es zur Gestaltung des Fernverkehrs auf der Moselstrecke frühere Vereinbarungen mit dem Bund.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sehen die Vereinbarungen mit dem Bund zu Fernverkehrsverbindungen auf der Moselstrecke aus?
2. Welche Gründe macht die DB AG für die Ausdünnung des Fernverkehrs auf der Moselstrecke geltend?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um bessere Verbindungen auch für die Anbindung der Stadt Trier an den Fernverkehr zu ermöglichen?

2. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage und
Anke Beilstein (CDU)**

Neue Grundlagen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung

Nach Auslaufen der Bundesförderung von insgesamt 130 Mio. Euro zum Ausbau der Kindertagesstätten für unter dreijährige Kinder in Rheinland-Pfalz ist nun die Landesregierung am Zug, ihren zugesagten Anteil zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung beizusteuern. Seit zwei Monaten findet jedoch gar keine Förderung mehr statt und die neuen Förderrichtlinien sind noch immer nicht bekannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die Veränderung der Konditionen für Förderanträge zum Ausbau von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder?
2. Wie begründet die Landesregierung den nunmehr zweimonatigen Stopp der Landesförderung zum Ausbau von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder?
3. Kann die Landesregierung ausschließen, dass Anträge nach den neuen Richtlinien eine andere Förderquote als nach den bisherigen Richtlinien erhalten?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Aufwendungsersatz für einen selbstbeschafften Krippenplatz vor dem Hintergrund der Konnexitätsrelevanz des landeseigenen Rechtsanspruchs?

3. Abgeordnete

Daniel Köbler,
Jutta Blatzheim-Roegler,
Pia Schellhammer,
Ulrich Steinbach,
Dr. Dr. Rahim Schmidt
und Gunther Heinisch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkung des Urteils des hessischen Verwaltungsgerichtshofs zur Südumfliegung

Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat am 3. September 2013 die sogenannte Südumfliegung des Frankfurter Flughafens für rechtswidrig erklärt und somit die ablehnende Haltung der rot-grünen Landesregierung Rheinland-Pfalz gegen die bisherige Flugroutenplanung zu Gunsten hessischer Interessen bestätigt. Geklagt hatten die Stadt Groß-Gerau, die Gemeinden Trebur und Nauheim (Kreis Groß-Gerau) sowie fünf Gemeinden in Rheinland-Pfalz und mehrere private Kläger.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie lautet der Tenor der Entscheidung und wann ist mit der Begründung zu rechnen?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch das Urteil für die Bevölkerung in der Stadt Mainz und Rheinhessen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung hinsichtlich der bisherigen Flugroutenplanungen?

4. Abgeordneter

Christian Baldauf (CDU)

Gründung des Vereins Bündnis „Energiewende für Mensch und Natur“ aus 22 BI's

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Zusammenschluss von über 20 Bürgerinitiativen des Landes, die sich gegen den unkontrollierten Ausbau der Windenergie wenden?
2. Wie will die Landesregierung die von einem breiten Bürgerwillen getragenen Ansichten des Bündnisses in welcher Form berücksichtigen?
3. Wird die Landesregierung – um den Bürgerwillen zu beachten – das LEP IV überarbeiten und einen geplanten Ausbau der Windkraft über die Planungsgemeinschaften zulassen?
4. Wieso hat die Landesregierung weder die Anliegen der zehn anerkannten Naturschutzverbände noch die des Bündnisses und der Bürgerinitiativen, obwohl dies Bürgerbeteiligung darstellt, berücksichtigt?

5. Abgeordnete

Jens Guth, Martin Haller,
Margit Mohr und Carsten
Pörksen (SPD)

Ausspähung privater Daten und Wirtschaftsspionage

Die aktuelle Diskussion um Ausspähungen von privaten Daten und mögliche Wirtschaftsspionage durch amerikanische und britische Geheimdienste verdeutlicht die Gefährdung von Gesellschaft und Wirtschaft. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht tausender Bürgerinnen und Bürger wurde anscheinend verletzt. Nach Schätzungen entsteht der deutschen Wirtschaft durch (elektronische) Wirtschaftsspionage ein Gesamtschaden von bis zu 60 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr und die Auswirkungen dieses Skandals für Rheinland-Pfalz ein?
2. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, welche fremden Geheimdienste private Daten von rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern ausspähen und (elektronische) Wirtschaftsspionage bei rheinland-pfälzischen Firmen betreiben?
3. Gibt es Maßnahmen bzw. sind Maßnahmen seitens der Landesregierung geplant, um die rheinland-pfälzische Gesellschaft und Wirtschaft für das Thema zu sensibilisieren?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Acht-Punkte-Maßnahmenkatalog des Bundesinnenministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums vom 14. August 2013 sowie das Zehn-Punkte-Programm des Bundeswirtschaftsministeriums vom 1. August 2013 mit seinen Empfehlungen für einen sicheren Umgang mit Unternehmensdaten im Internet?

**6. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)**

Zuordnung des „Einheitlichen Ansprechpartners“ im europäischen Binnenmarkt

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse haben die Landesregierung dazu gebracht, den sog. „Einheitlichen Ansprechpartner“ für Unternehmen im europäischen Binnenmarkt von den Behörden des Landes auf die Industrie- und Handelskammern zu verlagern, wie es bei der Vorstellung der Eckwerte des neuen Doppelhaushalts angekündigt worden ist?
2. Welche Überlegungen waren seinerzeit für die Landesregierung maßgeblich, als diese Einrichtung in Kontroverse zu den Kammern und den Verbänden der Wirtschaft nicht auf die Kammern, sondern auf die staatliche Verwaltung übertragen wurde?
3. Welche Personal- und Sachkosten sind dem Land seither dafür entstanden?
4. Welche Kosten entstehen dem Land nach Übernahme dieser Funktion durch die Kammern?

**7. Abgeordnete
Anna Neuhof,
Nils Wiechmann,
Nicole Müller-Orth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Situation der Rotwildbestände im Kreis Ahrweiler

In den letzten Wochen hat der Kreisverband Ahrweiler des Landesjagdverbands die Landesregierung wegen vermeintlich fehlerhafter Jagdpolitik angegriffen. Die Kreisjägerschaft führt eine öffentliche Kampagne, wonach die Landesregierung verantwortlich sei für den Tod von Hirschkälbern im letzten Winter. Angeblich lägen massive Verstöße gegen den Tierschutz vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viel Rotwild, das ohne jagdliche Einwirkung zu Tode gekommen ist (Fallwild), wurde in den letzten Jahren im Landkreis Ahrweiler und in anderen Landkreisen gemeldet und welche Todesursachen wurden festgestellt?
2. Nach welchen Kriterien wird die Fütterung von Wildtieren erlaubt und wie wurde konkret das Rotwild im Landkreis Ahrweiler im Winter 2012/2013 gefüttert?
3. Welchen rechtlichen Schutz bekommt tragendes und führendes Rotwild?
4. Wie stellt sich aus Landessicht eine Rotwildbewirtschaftung innerhalb und außerhalb der Bewirtschaftungsbezirke dar?

**8. Abgeordnete
Doris Ahnen, Kathrin
Anklam-Trapp und
Friederike Ebli (SPD)**

Maßnahmen und Schritte nach dem Pflegeskandal in einer Pflegeeinrichtung in Mainz-Finthen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand der pflegerischen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner in der Pflegeeinrichtung in Mainz-Finthen?
2. Nach welchen rechtlichen Vorschriften gestaltet sich die Finanzierung von Pflegeeinrichtungen?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Grad der wirtschaftlichen Verflechtung des Trägers der Pflegeeinrichtung bzw. der angehörigen Unternehmensgruppe?
4. Welche Maßnahmen bzw. Schritte plant die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf Landes- und Bundesebene?

- 9. Abgeordnete**
Hedi Thelen und Simone Huth-Haage (CDU)
- Alkoholverbot für Eltern und Erzieherinnen bei Veranstaltungen in Kindertagesstätten**
- In den vergangenen Wochen wurde, ausgehend von Mainz, die Idee eines generellen Alkoholverbots bei Veranstaltungen in Kindertagesstätten diskutiert.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Hat die Landesregierung aus den vergangenen fünf Jahren Kenntnis von exzessivem Alkoholenuss an rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten?
 2. Hält die Landesregierung die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Elternvertreter der Kindertagesstätten für kompetent, einen angemessenen Alkoholenuss an Veranstaltungen der Kindertagesstätten zu gewährleisten?
 3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorstoß des Mainzer Sozialdezernenten Kurt Merkator, ein generelles Alkoholverbot an Kindertagesstätten auszusprechen?
- 10. Abgeordneter**
Alexander Licht (CDU)
- Entwicklung von notwendigen Finanzhilfen am Flughafen Hahn**
- Im Zusammenhang mit dem im Frühjahr dieses Jahres verabschiedeten Nachtragshaushalt hat die Ministerpräsidentin ein stufiges, mit der Europäischen Kommission abzustimmendes Finanzkonzept zur Vermeidung einer Insolvenz des Flughafens Hahn im Landtag vorgestellt.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Welche direkten Zuschüsse bzw. Zahlungen und in welcher Höhe beinhaltet dieses Konzept voraussichtlich in 2013, in 2014, in 2015 sowie nach Planung in Folgejahren?
 2. Welche konkreten, damals noch nicht vorhandenen Genehmigungen durch die EU-Kommission wurden inzwischen eingeholt oder sind noch mit welchem Abstimmungsdatum einzuholen?
 3. Welche Planüberlegungen liegen seit wann und auf welcher Datenbasis der Landesregierung vor, um die in der von der CDU-Fraktion beantragten Sondersitzung des Innen-, des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses am 10. September 2013 von der Landesregierung vorgetragene zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von insgesamt ca. 57 Millionen € in ihre Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre neu und zusätzlich aufzunehmen?
- 11. Abgeordnete**
Petra Elsner und Anke Simon (SPD)
- Proaktives Angebot zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung bei sexuellem Missbrauch**
- Die Forensische Ambulanz der Rechtsmedizin der Universität Mainz bietet vergewaltigten Frauen ein proaktives Angebot zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung. Das Modellprojekt wird vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur finanziell gefördert. Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung wurden, werden dort von Mitarbeitern untersucht, beraten, die Verletzungen werden dokumentiert und die „Pille danach“ kann verabreicht werden. Zusätzlich werden gerichtsverwertbar Verletzungs- und Täterspuren gesichert. Diese Dokumentation findet auch statt, wenn die Betroffene sich noch nicht dazu entschieden hat, Strafanzeige zu stellen. Durch die Dokumentation der Untersuchungsergebnisse wird ein späteres Strafverfahren ermöglicht. Es besteht ebenso die Möglichkeit, dass die Mitarbeiter der Forensischen Ambulanz der Rechtsmedizin der Universität Mainz die Opfer direkt aufsuchen, sodass diese nicht nach Mainz kommen müssen.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, in wie vielen Fällen von dem proaktiven Angebot zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung bei sexuellem Missbrauch bislang Gebrauch gemacht wurde?
 2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob und in welcher Form das proaktive Angebot zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung anonymisiert ist?
 3. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie lange die Untersuchungsergebnisse gespeichert werden und in wie vielen Fällen es nachträglich zur Strafanzeige gekommen ist?
 4. Plant die Landesregierung, das Modellprojekt zukünftig landesweit auszubauen?

12. Abgeordneter**Ulrich Steinbach****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Bekämpfung der Steuerhinterziehung**

Die Finanzverwaltung in Rheinland-Pfalz hat im April 2013 Daten zur Steuerhinterziehung angekauft (Steuer-CD). Im Februar 2013 ist das deutsch-schweizerische Steuerabkommen (Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt) im Bundesrat endgültig gescheitert. Bundesweit wird über eine steigende Zahl von Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung berichtet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle von Selbstanzeigen gemäß § 371 AO hat es seit 2010 bis heute bei den rheinland-pfälzischen Steuerbehörden gegeben?
2. Wie haben sich die Einnahmen aus der Steuerfahndung und Betriebsprüfung der rheinland-pfälzischen Steuerbehörden in den Jahren seit 2010 entwickelt?
3. Sind nach Auffassung der Landesregierung Auswirkungen des Ankaufs der Steuer-CD und des gescheiterten Abkommens erkennbar?

13. Abgeordneter**Dr. Norbert Mittrücker****(CDU)****Haltung der Landesregierung zum sog. „Quotenmodell“ für die Förderung der erneuerbaren Energien**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherige und die für 2014 prognostizierte Entwicklung der EEG-Umlage mit Blick auf die Steigerung der Strompreise im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Belastung von einkommensschwächeren Haushalten?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das Tempo der Steigerung des Potenzials zur Stromproduktion aus Wind- und Solarenergieanlagen im Verhältnis zum Ausbau der Netze und zur Sicherung einer steten und stabilen Stromversorgung durch Energiespeicher und konventionelle Kraftwerke?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das Tempo der Steigerung des Potenzials zur Stromproduktion aus Wind- und Solarenergieanlagen mit Einspeisevorrang im Verhältnis zum liberalisierten europäischen Energiemarkt mit freier Preisbildung am Markt und der Belastung der Stromnetze in europäischen Nachbarstaaten?
4. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund das sog. „Quotenmodell“ der Förderung der erneuerbaren Energien, demzufolge die Förderung auf einen festzusetzenden Höchstanteil beschränkt wird, der schrittweise im Rahmen der Gesamtentwicklung der Stromversorgung erhöht werden kann?

14. Abgeordneter**Josef Dötsch (CDU)****Haltung der Landesregierung zur Einführung einer Sonderabgabe auf Einwegverpackungen**

In der aktuellen politischen Diskussion steht die Einführung einer Sonderabgabe auf Einwegverpackungen, nachdem dies zum Beispiel im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung die Einführung einer Sonderabgabe auf Einwegverpackungen über die bestehenden Pfandpflichten hinaus für erforderlich oder sinnvoll?
2. Trifft es zu, dass Wirtschaftsministerin Lemke und nachfolgend die Landesregierung als Ganze die Ausweitung des Dosenpfandes auf die bisher vom Pfand befreiten Dosen für Fruchtsäfte und diätische Getränke gefordert hat?
3. Welche Konsequenzen für die Produktionsstandorte von Getränkedosen in Haßloch und Weißenthurm und die Zahl der dort Beschäftigten sind nach Einschätzung der Landesregierung aus den beiden Maßnahmen, Sonderabgabe und Pfandausweitung, zu erwarten?
4. Welche Schlussfolgerungen sind nach Ansicht der Landesregierung aus der Studie der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung aus dem Jahr 2009 zu ziehen, der zufolge bei den untersuchten Ökobilanzparametern der Blechdose ein erheblicher ökologischer Vorteil gegenüber vielen Mehrwegflaschen bescheinigt wurde?

15. Abgeordnete

**Jutta Blatzheim-Roegler
und Daniel Köbler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anweisungen des Bundesverkehrsministers zur Planung von Bundesfernstraßen

In der Sitzung des Ausschusses des Innern, für Sport und Infrastruktur am 28. August 2013 berichtete Staatsminister Roger Lewentz, dass der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer das Land Rheinland-Pfalz angewiesen habe, für die Beratungen zum Bundesverkehrswegeplan 2015 Daten auch für Projekte zu erstellen bzw. bereitzustellen, von deren Meldung Rheinland-Pfalz absieht.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wann und in welcher Form erfolgte die Weisung des Bundesverkehrsministeriums?
2. Um welche Projekte bzw. Teilabschnitte handelt es sich genau (bitte Angabe der Bundesstraßen- oder Autobahnnummer)?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage handelt der Bundesverkehrsminister?
4. Mit welchen Sanktionen hat das Land Rheinland-Pfalz gegebenenfalls zu rechnen, falls es dieser Weisung nicht nachkommt?

16. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Adolf Kessel (CDU)**

Konsequenzen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Teilnahme muslimischer Schülerinnen am Schwimmunterricht für Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wurde die Befreiung muslimischer Schülerinnen vom Schwimm- bzw. Sportunterricht bisher in Rheinland-Pfalz gehandhabt?
2. In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen fünf Jahren Befreiungen vom Sport- bzw. Schwimmunterricht aus religiösen Gründen ausgesprochen?
3. Wird die Landesregierung ihre Handreichung zum Umgang mit muslimischen Kindern und Jugendlichen in der Schule überarbeiten, in der es heißt, dass eine Befreiung muslimischer Schülerinnen vom Schwimm- bzw. Sportunterricht lediglich „nicht empfehlenswert“ sei?
4. In der Empfehlung der Landesregierung wird die Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler an Klassenfahrten nicht als verpflichtend, sondern lediglich als erstrebenswert bezeichnet. Wird die Landesregierung auf der Basis des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts ihre Empfehlung zur Verbindlichkeit von Klassenfahrten überdenken?

17. Abgeordneter

Hans-Josef Bracht (CDU)

Fusion der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland

Ich frage die Landesregierung:

1. Der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck hat sich für eine Neuordnung der Bundesländer stark gemacht. Als Beispiele nannte er unter anderem eine Fusion von Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Wie ist die Haltung der Landesregierung zu diesem Vorschlag?
2. Hat es vor den Äußerungen des früheren Ministerpräsidenten in diesem Punkt Kontakt oder Gespräche mit der amtierenden Landesregierung gegeben?
3. Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang eine ähnlich lautende Forderung des Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU) Dr. Gerhard Braun in diesem Zusammenhang (Pfälzischer Merkur 5. September 2013)?
4. Gab es zwischen den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland bereits Kontakte in dieser Richtung oder sind Gespräche geplant?